

Sozialismus

www.Sozialismus.de

U. Cremer/W. Achelpöbler:
Geopolitische Hölle Syrien



Christoph Butterwegge:
Fluchtmigration & Armut



T. Rieger/W.G. Weber/
C.Engelhardt: Neue Wirt-
schaftsdemokratie nur
mit demokratischen
Unternehmen

Forum
Gewerkschaften

M. Keßler & E. Korn:
Theo Bergmann wird 100



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Auf dem Weg zum Brexit



Auf der Tagesordnung des Europäischen Rats am 18. und 19. Februar standen zwei Themen: die Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa und die Beschlussfassung zu Verhandlungen über eine neue Regelung für das Vereinigte Königreich in der EU. Der Beschluss zur Neupositionierung Britanniens enthält weitreichende Implikationen ...

Reformalternative in Paris?



2016 ist das letzte Jahr, in dem der französische Staatspräsident François Hollande die Fundamente für seine Wiederwahl oder zumindest für einen Wahlerfolg seiner sozialdemokratischen PS legen kann. 2017 steht ganz im Zeichen des Präsidentschaftswahlkampfes... ..

Geschäft mit dem Tod



Auf Terroranschläge wie den vom 11. September 2001 in New York und den vom 13. November 2015 in Paris folgt der »Krieg gegen Terror« – so war es in Afghanistan, im Irak und in Syrien. Die Bundeswehr ist dabei – und soll mit einem neuen Aufrüstungsprogramm, das bis zum Jahr 2030 reicht, auch tatsächlich global einsatztauglich gemacht werden ...

Amerikanische Umwälzungen

Ingar Solty: Warum gibt es in den USA Sozialismus?	
Die US-Vorwahlen und das Phänomen Bernie Sanders	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: »American Angst«	7

r2g

Susanne Hennig-Wellsow: Diffuse Ängste und konkrete Spaltungen	
Linke Antworten auf rechte Mobilisierungen	12
Herbert Schui: Mit Prozenten siegen oder mit Stimmen von den Nichtwählern? ..	16

In einer aus den Fugen geratenen Welt

Christoph Butterwegge: »Flüchtlingskrise«, Dritte-Welt-Elend und Armut in Deutschland	20
Joachim Bischoff: Droht eine globale Rezession oder Krise?	33
Uli Cremer/Wilhelm Achelpöhler: Syrien wird zur »geopolitischen Hölle«	33
Joachim Bischoff/Björn Radke: Griechenland im Zangengriff	39
Thomas Jaitner: Wohin geht Spaniens Linke?	
Eine Replik auf Heinz Bierbaum und Raul Zelik	42

Forum Gewerkschaften

Thomas Rieger/Wolfgang C. Weber/Christian Engelhardt:	
Keine neue Wirtschaftsdemokratie ohne demokratische Unternehmen	45

Der kritische Kommunist Theo Bergmann

Theodor Bergmann wird 100!	53
Mario Keßler: Ein Jahrhundertleben.	
Zum 100. Geburtstag von Theodor Bergmann	54
Erhard Korn: Arbeiterpolitik nach 1945	59
Theodor Bergmann: Grenzgänger des Kommunismus?	
(zu Keßler, »Grenzgänger des Kommunismus«)	63

Nachruf | Impressum | Veranstaltungen | Film

Redaktion Sozialismus: Elisabeth Gauthier (1950-2016)	66
Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Colonia Dignidad (Filmkritik)	69

Supplement

EuroMemo Gruppe

EuroMemo 2016

Wege zur Bewältigung der Krisen in Europa. Eine Agenda für einen wirtschaftlichen Wandel, Solidarität und Demokratie

Diffuse Ängste und konkrete Spaltungen

Linke Antworten auf rechte Mobilisierungen

von | Susanne Hennig-Wellsow



Erstaufnahmeeinrichtung Mühlhausen, 11.12.2015 (dpa)

17% in Sachsen-Anhalt,¹ 11% in Baden-Württemberg,² 10,5% im Bund und neun Prozent in Rheinland-Pfalz³ – die »Alternative für Deutschland« segelt in Umfragen seit Monaten auf Erfolgskurs. Wenn in den genannten Bundesländern am 13. März 2016 Landtagswahlen stattfinden, wird die Partei mit starken Fraktionen in die Parlamente einziehen. Galt nach den Wahlerfolgen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen der Erfolg der Partei bislang eher als Phänomen im Osten Deutschlands und einer Schicht älterer Wähler, zeigen die aktuellen Umfragen einen anderen Trend. Zum einen nähern sich die Prognosen in Ost und West an, zum anderen wollen verstärkt auch junge Menschen die Partei wählen – in Sachsen-Anhalt ist die AfD mit 30% der Stimmen unter den 18 bis 29-Jährigen stärkste Partei.

Diffuse Ängste

Es sind »diffuse Ängste«,⁴ die in der Gesellschaft kursieren – ohne dass eine Mehrheit der Bevölkerung sich selbst betroffen fühlt. So wächst beispielsweise die Furcht vor steigender Kriminalität

schon seit Jahren. 69% der Menschen teilen diese Auffassung, doch »(n)ur eine kleine Minderheit davon fühlt sich akut bedroht«. Beim Abgleich mit der polizeilichen Kriminalstatistik klafft eine Lücke zwischen Wahrnehmung und Realität – denn die Statistik weist zwischen 2006 und 2014 »weder einen Anstieg der erfassten Delikte noch eine größere Zahl von Delikten je 100.000 Einwohner aus« (abschließende Zahlen für 2015 liegen noch nicht vor). Auch sei der »Zustrom an Flüchtlingen (...) nicht entscheidend für die wachsende Besorgnis, vergrößert sie aber«,⁵ resümierte Renate Köcher vom »Institut für Demoskopie Allensbach« in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. Laut einer Umfrage vom Herbst 2015 haben darüber hinaus zum Beispiel in Thüringen 62% der Menschen auch Angst vor »Spannungen durch den Zuzug von Ausländern« und 60% allgemein vor »Terrorismus«. Die AfD nutzt, verstärkt und schürt diese diffusen Ängste. Vor dem Hintergrund der erhöhten Zahl von Geflüchteten und Schutzsuchenden in Deutschland treten nun die seit Jahren verbreiteten rassistischen Resen-

timents in der Bevölkerung⁷ offener zu Tage als bisher. Zu den Aufmärschen von Pegida in Dresden oder der AfD in Erfurt kamen zuletzt jede Woche Tausende Menschen. »Ängste« und »Sorgen« seien die Gründe dafür, heißt es. Der politischen Praxis der AfD »liegt eine schlichte Idee zugrunde: Die Mobilisierung von Zorn und Wut, von Aggression gegen die, die nicht dazu gehören«,⁸ schreiben die Wissenschaftler Micha Brumlik und Hajo Funke in einem im Februar 2016 veröffentlichten Appell gegen die Rechtspartei.

Seit Monaten ist zu beobachten, dass die Themen »Flüchtlingsproblematik« sowie »Zuwanderungs- und Integrationspolitik« alle öffentlichen Debatten überlagern – das spürt man bei Gesprächen im Bekanntenkreis, bei Veranstaltungen, am Infotisch oder beim Gespräch mit dem Meister in der Autowerkstatt. Eine Befragung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag von Mitte Januar 2016 belegt diese Tendenz noch einmal eindrucksvoll: Die »Flüchtlingsproblematik« ist für 58% der Befragten derzeit eines der »wichtigsten Themen und Ereignisse«, die »Zuwanderungs-

und Integrationspolitik« für 24%.⁹ Andere Themen sind weit abgeschlagen. Die Spaltung der Gesellschaft, die seit Jahren in Langzeitstudien nachgewiesen wird, zeigt sich auch an der Frage nach dem Zuzug von Flüchtlingen. 47% der Menschen in Deutschland sagen heute, sie fänden es »gut«, wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen (West 40%, Ost 40%, Frauen 52%, GewerkschafterInnen 55%). 17% der Befragten sagen, es sei ihnen schlicht egal – das heißt für den politischen Alltag, sie lehnen den Zuzug nicht ab. Nur 29% der befragten Deutschen finden die Zuwanderung von Flüchtlingen »schlecht«. Befragt man nach den Parteipräferenzen, ist das Ergebnis erwartbar: Bei den AnhängerInnen der AfD ist die Ablehnung am größten (77%), gefolgt von den NichtwählerInnen (35%), SPD (27%), CDU/CSU (19%), DIE LINKE (16%) und Grüne (6%).

Auch allgemein verstärkt sich eine diffuse Unzufriedenheit mit der Politik und der Gesellschaft. 70% der Menschen bundesweit sehen zurzeit Anlass zur Beunruhigung angesichts der politischen Lage – acht Prozentpunkte mehr als einen Monat zuvor. Die Sorgen sind im Osten stärker ausgeprägt (79% Ost/68% West). In einer Umfrage von Forsa sagten 69%, »dass auf die Interessen des Volkes kaum noch Rücksicht genommen« werde,¹⁰ 38% meinen, dass sie »mit ihrer Wahlentscheidung kaum etwas ausrichten (...) können«.

Konkrete Spaltungen

Statt sich von diffusen Ängsten die Politik diktieren zu lassen und »Obergrenzen« das Wort zu reden, ist es für linke Politik zielführender, nach konkreten Erfahrungen der Menschen zu fragen – und konkrete Antworten sowie die Anliegen der Mehrheit, statt den rechten Rand der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Noch immer sind 71% der Menschen in Deutschland mit dem politischen System an sich zufrieden.¹¹ Zudem sagen 53% der Befragten, ihre wirtschaftliche Lage habe sich in den letzten zwölf Monaten sehr oder eher verbessert, gar 56% erwarten eine Verbesserung in diesem Jahr. Etwas stärker ist die positive Einstellung im Westen

und interessanterweise mit Blick auf das vergangene Jahr unter GewerkschafterInnen (65%).¹²

Interessant wird es, wenn man konkret fragt. So sagten Anfang Februar 2016 85% der TeilnehmerInnen einer Umfrage,¹³ ihre »eigene jetzige Situation« habe sich durch die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge nicht verändert, 4% geben an, sie habe sich verbessert. Nur 10% sagen, ihre Situation habe sich verschlechtert. Im Osten sagen sogar 91% der Befragten, der Zuzug von Menschen habe keine Auswirkungen auf ihr Leben, nur acht Prozent sehen eine Verschlechterung. Überdurchschnittlich können Erwerbslose (95%), RentnerInnen und PensionärInnen sowie Studierende (87%) keine negativen Auswirkungen auf ihr Leben erkennen. Eine stärkere Verschlechterung als der Durchschnitt (10%) sehen nur Erwerbstätige (14%) und Auszubildende (15%). Schaut man dann noch in die Parteipräferenzen, wird die Differenz zwischen gefühlten und diffusen Ängsten und realen Erfahrungen noch größer: Selbst unter den AnhängerInnen der AfD können 78% der Befragten keine Auswirkungen auf ihre eigene Situation durch den Zuzug von Flüchtlingen erkennen – und das im Februar 2016, nachdem in den vergangenen zwölf Monaten etwa eine Million Menschen nach Deutschland gekommen sind. Für die Zukunft erwarten sie aber mehrheitlich Verschlechterungen (71%). Der Blick in die Zukunft sieht insgesamt bei allen Gruppen erneut anders aus als die realen Erfahrungen bisher: 30% der Befragten befürchten eine Verschlechterung ihrer eigenen Situation, 59% erwarten keine Auswirkungen durch den Zuzug.

Abstrakt und mit Blick in die Zukunft herrschen also in der Gesellschaft Verunsicherung und Ängste, die durch das rapide Anwachsen der Zahl der nach Europa und Deutschland geflüchteten Menschen 2015 massiv angestiegen sind. Das eigene Leben der deutschen Mehrheit der Menschen wird davon bisher nicht tangiert – weder im Bereich des Sozialen noch der Sicherheit. Von den diffusen Ängsten profitiert aber die extreme Rechte in einem in der Bundesrepublik bisher nicht ge-

kannten Maße zeitgleich auf drei Feldern: Auf den ostdeutschen Straßen ist die Szene mobilisierungsfähig wie noch nie (Pegida, AfD-Kundgebungen ...), an den Wahlurnen wird sich die AfD über Erfolge im unteren zweistelligen Bereich freuen können, und bundesweit explodiert in diesem politischen Klima rechte Gewalt. Die bisher weder an den Wahlurnen noch auf den Straßen manifesten erschreckenden Einstellungsmuster in Deutschland, die wir seit Langem Jahr für Jahr vorgelegt bekommen, artikulieren sich nun. Rassismus, Sozialchauvinismus, die Ablehnung der Idee der Gleichheit und Humanität waren in der Bundesrepublik nie verschwunden – nun aber sehen und hören wir sie

Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Im Dezember 2015 schrieb sie in *Sozialismus* über »Linkes Regierungshandeln und sozialistische Transformation. Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen«. Sie ist Herausgeberin des 2015 bei VSA: erschienenen Buches: »Mit LINKS regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht«.

¹ MDR: Mehrheit für Schwarz-Rot, AfD legt deutlich zu, 17.2.2016 (www.mdr.de/sachsen-anhalt/landtagwahl/sachsen-anhalt-trend-landtagwahl-umfrage-februar100.html).

² Forschungsgruppe Wahlen: Vorsprung der CDU schrumpft – AfD zweistellig. Flüchtlingskompetenz: Grüne vor CDU, 21.1.2016 (www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/PB-Extra_Baden-Wuerttemberg).

³ infratest/dimap: Sonntagsfrage Rheinland-Pfalz, 11.2.2016 (www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/sonntagsfrage).

⁴ Renate Köcher: Diffuse Ängste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.2016.

⁵ Ebd.

⁶ Infocenter der R+V Versicherungen: Die Ängste der Deutschen 2015 – Ergebnisse nach Bundesländern, Wiesbaden, 3.9.2015.

⁷ Belegt u.a. durch die Langzeitstudien »Deutsche Zustände« der Universität Bielefeld, die »Mitte-Studien« der Universität Leipzig oder den jährlichen »Thüringen Monitor« der Universität Jena im Auftrag der Thüringer Landesregierung.

⁸ Micha Brumlik/Hajo Funke: Acht Thesen zum 13. März: Demokratie verteidigen. Die rechtsradikale AfD stellen. Ein Appell, 13.2.2016 (www.michabrumlik.de/brumlikfunkeacht-thesen-zum-13-maerz-demokratie-verteidigen-die-rechtsradikale-afd-stellen-ein-appell).

⁹ DIE LINKE im Bundestag: Trends: Themen und Stimmung, Berlin, 23.1.2016.

¹⁰ Stern.de: AfD rutscht wieder unter die 10-Prozent-Marke, 17.2.2016 (www.stern.de/politik/deutschland/forsa-wahl-trend--afd-rutscht-in-umfrage-wieder-ab-6699618.html).

¹¹ Ebd.

¹² DIE LINKE im Bundestag: Trends: Themen und Stimmung, Berlin, 23.1.2016.

¹³ DIE LINKE im Bundestag: Flucht 2, 14.2.2016.

quer durchs Land in den Parlamenten, in den Talkshows, auf den Marktplätzen und – so ermutigt – auch lautstark am Kneipentisch, am Gartenzaun, in der Autowerkstatt und am Saalmikrofon bei der Diskussion um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften.

Linke Antworten

Die AfD wird mittlerweile von der Bevölkerung eindeutig als »rechts« eingeordnet, DIE LINKE dagegen eindeutig als »links« beschrieben. Ergänzt um die einschlägigen Langzeitstudien zu politischen Einstellungen und die alltäglichen Erfahrungen der letzten Monate mit »Wutbürgern«, ihren E-Mail- und Facebook-Nachrichten an Abgeordnete, Parteibüros oder JournalistInnen sowie den Demonstrationen von Pegida und AfD wird deutlich: Wir treffen bei den WählerInnen der AfD auf verfestigte rassistische, rechte und anti-egalitäre Vorstellungen. Es scheint mir für DIE LINKE nahezu unmöglich, diese Menschen in absehbarer Zeit vom Gegenteil ihrer jetzigen Auffassungen zu überzeugen. Das heißt nicht, diese Menschen politisch aufzugeben. Aber es kann uns als linker Volkspartei im Osten nicht vorrangig darum gehen, die Fragen und diffusen Sorgen von AfD-WählerInnen oder aufgebrachten CDU-Treuen zu beantworten, sondern zuerst einmal Antworten auf die Fragen der uns nahestehenden Menschen, unserer WählerInnen und SympathisantInnen, der von uns politisch zu erreichenden Menschen und derjenigen zu geben, die auf uns als die Vertretung ihrer Interessen setzen – das ist im Osten Deutschlands ein breiter Teil der Gesellschaft. Es gilt, jene Menschen mit Sachargumenten für die tagtäglichen Debatten am Küchentisch und am Gartenzaun zu »munitionieren«, damit sie gegenhalten können, sowie die allgemeine Aufgeregtheit aus der Debatte rauszunehmen. Im linksaffinen Milieu, das weitaus größer ist, als DIE LINKE derzeit bei Wahlen an die Urnen mobilisiert, werden soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Sicherheit, Lösungen für aktuelle Probleme, handelnde PolitikerInnen und der Ausgleich gesellschaftlicher Konflikte erwartet.

Eine Ende Dezember 2015 durchge-

führte Gruppendiskussion mit Wahlberechtigten aus Erfurt zeigte in diesem Kontext interessante Anhaltspunkte, was ein linksaffines Milieu (primäre Parteineigung der TeilnehmerInnen: DIE LINKE, SPD) in Ostdeutschland heute bewegt.¹⁴ Der Alltag aus Arbeit und Leben wird als anstrengender »Überlebenskampf« verstanden, aus dem soziale Zukunftsängste resultieren – seit der ersten Befragung der Gruppe im Dezember 2013 mit steigender Tendenz. Hohe Lebenshaltungskosten, die durch Löhne und Renten nicht ausgeglichen werden können, empörende Unterschiede bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West, zunehmende Leistungsanforderungen und ständiger Veränderungsdruck, Verlust des sozialen Miteinanders und eine gesellschaftliche »Orientierung vor allem an Kapitalinteressen«, zu geringe Förderung sozial Benachteiligter und mangelnde Infrastruktur im sozialen Bereich, um Familie und Arbeit sowie Pflege von Angehörigen vereinbaren zu können. Mit Blick auf die Zuwanderung sahen die TeilnehmerInnen der Gruppendiskussion weniger eine Bedrohung durch die Flüchtlinge selbst als durch »ablehnendes bis aggressives Verhalten gegenüber Flüchtlingen aus Angst vor zusätzlichen Belastungen und Einschränkungen für die einheimische Bevölkerung«. Daraus könne eine »zunehmende Polarisierung in der Bevölkerung« entstehen. Aufschlussreich war auch die explizite Beschreibung der Erfurter AfD-Aufmärsche und des Auftretens des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke als direkte Bedrohung (»Aufwiegeln der Massen«). Verlangt wurden »Gegenmaßnahmen«, um die Hetze zu stoppen. Das Agieren der rot-rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow wurde als vernünftig, verlässlich und solide bewertet, was »dem Bedürfnis der Befragten nach Beständigkeit und Sicherheit« entgegenkommt. Eine gute Arbeit der Landesregierung werde als Entlastung im »Überlebenskampf« wahrgenommen. Ausdrücklich wird auch der Umgang der Thüringer Landesregierung mit der Flüchtlingspolitik (Integration und Versorgung) als gut bewertet. Dem Ministerpräsidenten werden dabei authentisches Agieren,

Sachlichkeit, Menschlichkeit und aktive Gestaltung von Politik zugeschrieben.

Politisch erwartet werden Maßnahmen, die zu »Entlastung, Beständigkeit und Sicherheit« beitragen, wobei Sicherheit hier offenbar auch maßgeblich soziale Sicherheit und ein planbares Leben umfasst. Konkret genannt wurden Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch Investitionen in Einrichtungen oder einen »Familienpass« für Vergünstigungen im Alltag mit Kindern, die Begrenzung von Mietsteigerungen, mehr sozialer Wohnungsbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Anreizen zur Ansiedlung von Unternehmen, die Unterstützung von Pflegebedürftigen und Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik wurden gute Integrationsmöglichkeiten, Aufklärung der Bevölkerung und die Ahndung von Straftaten gefordert. Zudem müsse »darauf geachtet werden, dass die einheimische Bevölkerung sich nicht »vernachlässigt« fühle«.

#r2g in Thüringen

Die Erwartungen an die Thüringer Landesregierung sind hoch. Ihr offensives Agieren in der Flüchtlingspolitik – auch im offenen Konflikt mit der in weiten Teilen der Öffentlichkeit als konzeptlos wahrgenommenen Bundesregierung – für einen humanitären Umgang und eine wirkliche Integration hat in den vergangenen Monaten gezeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Und genau das gleiche offensive Herangehen erwarten die Menschen auch auf anderen Feldern: im Kampf gegen hohe Mieten, gegen Renten- und Lohnungerechtigkeiten, für bessere Pflege, für mehr Arbeitsplätze und bei der Bewältigung des alltäglichen »Überlebenskampfes«.

Ich bin froh, dass jetzt in Thüringen DIE LINKE regiert. Hier gibt es keine Zeltstädte für Flüchtlinge, hier brechen keine Krankheiten in überfüllten Unterkünften aus, hier relativiert keine Landesregierung Bedrohungen von rechts und hier versteht die Regierung die Situation auch als Chance für die Zukunft. Als linke Volkspartei haben wir eine besondere Verantwortung, mit da-

für zu sorgen, dass die politische Rechte nicht noch stärker wird, dass trotz rassistischer Hetze und einer lautstarken AfD Flüchtlinge im ökonomisch reichen Deutschland ordentlich aufgenommen werden, dass wir die soziale Spaltung stoppen und dass wir uns für eine soziale, ökologische und demokratische Politik stark machen. Sich wegzuducken und die Übernahme von Verantwortung abzulehnen, wäre politisch fatal und verantwortungslos. DIE LINKE wird hier auch nicht gewählt, um nur bei schönem Wetter Politik zu machen. Wenn in Thüringen 28,2% der WählerInnen ihr Kreuz bei der Linkspartei machen, die mit der Ansage in den Wahlkampf gegangen ist, zu regieren, dann verstehen wir als Partei das als Auftrag zur Umsetzung unserer Wahlversprechen: Thüringen sozial, ökologisch, demokratisch.

#r2g im Bund?

Die »Frankfurter Rundschau« und das »Neue Deutschland« veröffentlichten in den letzten Monaten Diskussionsbeiträge zur Frage, ob und wie eine rot-rot-grüne (r2g) Zusammenarbeit im Bund denkbar wäre. Damit stießen sie eine Debatte an, die zwar bisher keine hohen Wellen schlug, aber aktuelle Fragen auf die Agenda setzte. Den Auftakt machte Ende November 2015 der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Klaus Ernst, mit einem deutlichen Appell für eine r2g-Koalition auf Bundesebene – gerade auch als Antwort gegen den europaweiten Rechtsruck und die Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingspolitik sowie vor dem Hintergrund der Epressungs- und Machtpolitik Deutschlands gegen die griechische Linkregierung im vergangenen Jahr. Ernst bilanzierte: »Der von vielen auf die Europäische Union projizierte neoliberale Dreiklang aus Lohn-, Renten- und Sozialabbau mündet in eine Renaissance des Nationalismus. Die politische Achse hat sich nach rechts verschoben.«¹⁴ Die europäische und deutsche Linke lege jedoch angesichts der »Niederlagen unserer Genossinnen und Genossen« nur eine »Zuschauermentalität« an den Tag, »als ob wir nichts damit zu tun hätten«.

Stattdessen müsse die Linke nun einen neuen Abwehrkampf »gegen den politischen Rechtsruck in Europa« aufnehmen. Dafür brauche es »eine Linke, die eingreift und nach einem Teil der Macht greift«. Der notwendige Versuch, in eine Regierungsbeteiligung einzusteigen, werde »hart, wenn wir ihn wagen«, prognostizierte Ernst. Es sei »Zeit für eine neue Sammlungspolitik links von der Mitte« mit dem Ziel der Verteidigung des europäischen Sozialstaates, der europäischen Demokratie und des europäischen Friedens. Ernst fordert zu Recht: »Runter von der Zuschauertribüne!«

Ich bin mit Blick auf den aktuellen Kurs der SPD und der Grünen zwar skeptisch, dass 2017 r2g im Bund möglich ist. Doch die einzige echte Möglichkeit für einen politischen Wechsel hin zu einer sozialen Gesellschaft ist die Beteiligung der LINKEN an einer Bundesregierung. DIE LINKE muss aus einer Position der Stärke den politischen Wechsel wollen, um endlich einen sozialen Ausgleich von oben nach unten durchzusetzen. Jetzt muss mit SPD und Grünen eine ernsthafte inhaltliche Debatte um politische Gemeinsamkeiten begonnen werden. Auch wenn es im Bund zuletzt vereinzelte und vorsichtige Signale aus SPD und Grünen für ein Bündnis mit der Linkspartei gab, sind die politischen Differenzen derzeit noch zu groß. Gebetsmühlenartig wird DIE LINKE selbst von den BefürworterInnen einer Kooperation aufgefordert, Grundüberzeugungen vor allem im Bereich der Friedens- und Sozialpolitik über Bord zu werfen, um regierungsfähig zu werden. DIE LINKE ist und bleibt aber eine Friedenspartei, und DIE LINKE steht für den Ausbau sozialer Sicherung und nicht für dessen Abbau. Zudem finden wir im Bund völlig andere Mehrheitsverhältnisse im Parlament und Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft vor. Hier gibt es weiterhin verhärtete Fronten zwischen den drei Parteien, hier fehlt es bisher auf vielen Ebenen an vertrauensvollen Gesprächsfäden. Und es gibt viel zu wenig gemeinsame Erfolge in der parlamentarischen Oppositionsarbeit oder auf der Straße. In Thüringen war #r2g seit Jahren gelebte Realität – in Kommunen, auf der Straße und selbst bei einer Reihe von

Themen im Landtag. Im Bund müssen wir gemeinsame Projekte mit der Lupe suchen. Damit ein linkes Reformprojekt auf Bundesebene zustandekommen und erfolgreich sein könnte, braucht es mindestens fünf Bedingungen:

1. Eine rechnerische Mehrheit für r2g im Parlament,
2. eingespielte Kommunikationswege zwischen den potenziellen Partnern,
3. gemeinsame Erfahrungen politischer Erfolge im Parlament und auf der Straße von r2g und politischen Partnern in Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen,
4. eine ideelle Grundlage für ein Bündnis und
5. ein ausreichend großes Paket an diskutierten Gemeinsamkeiten für den politischen Alltag und an transformativen Projekten.

Wer will, dass sich auch im Bund auf absehbare Zeit etwas verändert, muss langfristig denken. Es braucht praktische Erfahrungen aus erfolgreichen Kooperationen, um irgendwann auch in einer Regierung zusammenarbeiten zu können. Davon sind wir weit entfernt, auch wenn eine gewisse Normalisierung im Umgang mit der Linkspartei festzustellen ist. Es braucht eine intensive und normale Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments von SPD, Grünen, Linkspartei, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden. Es muss deutlich werden, dass eine Zusammenarbeit Erfolge gegen einen konservativen und neoliberalen Mainstream haben kann. Es gilt, jene Themen zuerst in den Blick zu nehmen, in denen es politische Gemeinsamkeiten geben kann. Eine solche Debatte und entsprechende Initiativen müssen organisiert werden, sie müssen sich entwickeln, sie brauchen Anstöße aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die Diskussion erst kurz vor den nächsten Bundestagswahlen zu führen, wäre viel zu spät.

¹⁴ IFM Berlin: Studie zur politischen Wirksamkeit der LINKEN in der Öffentlichkeit für Thüringen, Dezember 2015. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, zeigen aber meines Erachtens zu verallgemeinernde Trends.

¹⁵ Klaus Ernst: Runter von der Zuschauertribüne! Die linken Parteien müssen sich überwinden und kooperieren – auch, um den Rechtsruck in Deutschland zu stoppen, in: Frankfurter Rundschau, 28.11.2015.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

